

P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppenburg am Dienstag, dem 16.12.2014, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Molbergen, Cloppenburger Straße 22, 49696 Molbergen

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Bernhard Möller

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Johanna Hollah
 3. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus
 4. Kreistagsabgeordnete Gabriele Kalvelage
 5. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage
 6. Kreistagsabgeordnete Dr. Irmtraud Kannen
 7. Kreistagsabgeordnete Jutta Klaus
 Vertretung für Herrn Johannes Loots
 8. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
 9. Kreistagsabgeordneter Stefan Schute
 10. Kreistagsabgeordnete Ingrid Stärk
 11. Kreistagsabgeordnete Josef Trenkamp
 12. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken

Zugewählte beratende Mitglieder

13. Landes-Caritasverband Dietmar Fangmann
 14. Diakonisches Werk Hans-Jürgen Hoffmann
 15. Paritätischer Cloppenburg Hans-Jürgen Lehmann
 16. Deutsches Rotes Kreuz Michael Pahl
 17. Beirat für Menschen mit Behinderung Renate Wingbermühle-Rißmann
 Vertretung für Frau Sigrid Möller

Verwaltung

18. Landrat Johann Wimberg
 19. Erster Kreisrat Ludger Frische
 20. Kreisoberamtsrätin Gabriele Schröder
 21. Sozialwissenschaftlerin Petra Thesing

Protokollführer/in

22. Kreisamtsrat Josef Potthast

Gäste

23. Heimatverein der Deutschen aus Russland e. V. Nadja Kurz

Es fehlte/n:

24. Kreistagsabgeordneter Clemens Poppe
 25. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum



Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Genehmigung des Protokolls
- 4 . Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V. V-SOZ/14/045
- 5 . Haushalt 2015 – Bereich Soziales
- 6 . Mitteilungen
- 7 . Einwohnerfragestunde

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Möller, eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren begrüßte er als Gast Frau Kurz, Geschäftsführerin des Heimatvereines der Deutschen aus Russland e.V., die zu TOP 4 vortragen werde.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Genehmigung des Protokolls

Die Niederschrift über die Sitzung am 10.09.2014 wurde einstimmig genehmigt.

4. Zuschussantrag des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V. Vorlage: V-SOZ/14/045

Einige Mitglieder des Sozialausschusses hatten vor der Sitzung die Geschäftsstelle des Heimatvereins der Deutschen aus Russland e.V. in Molbergen besichtigt. Dort hatte Frau Kurz die Arbeit des Heimatvereines vorgestellt (siehe Anlage 1).

Vorsitzender Möller dankte Frau Kurz für die Vorstellung des Heimatvereins. Er erläuterte einleitend, dass der Zuschussantrag in der vorangegangenen Sitzung Fragen aufgeworfen habe, die dazu führten, Frau Kurz um nähere Auskunft zu bitten.

Kreistagsabgeordnete Kalvelage führte aus, dass sie der Jahresstatistik des Vereins entnommen habe, dass der Heimatverein in 2013 über 5.000 Beratungen durchgeführt habe. Dies seien nach ihrer Auffassung extrem viele. Sie bat um Auskunft, wie die Beratungsfälle gezählt würden.

Frau Kurz erläuterte, dass die Beratungsstelle aus insgesamt 4 MitarbeiterInnen bestehe. Sie habe für November 2014 eine genaue Fallzählung erhoben und sei auf 486 Beratungen gekommen. Für die Statistik würden nur einzelne Beratungsfälle notiert, Gruppenveranstaltungen nicht.

Kreistagsabgeordnete Kalvelage verwies des Weiteren darauf, dass der Heimatverein der Deutschen aus Russland zunehmend auch Werkvertragsarbeiter aus den Ost-EU-Staaten beraten würde, dies sei doch nicht die eigentliche Aufgabenstellung des Vereins.

Frau Kurz erklärte, dass die slawischen Sprachen mit einander verwandt seien und sie daher auch andere osteuropäische Sprachen verstehen und Dokumente lesen könne. Außerdem würden viele Werkvertragsarbeiter russisch sprechen. Der Heimatverein würde diese Personen zwar häufig an die Integrationskosten bzw. die Mobile Beratung für Werkvertragsarbeiter verweisen, könne sich den Beratungsanfragen aber nicht entziehen. Die Beratung der Werkvertragsarbeiter mache einen Großteil der Überlastung aus. Außerdem würden nach einer Änderung der rechtlichen Vorgaben zum Sprachtest, vermehrt Aussiedler Rat suchen.

Kreisoberamtsrätin Schröder ergänzte, dass eine Statistik zum Zuzug von Aussiedlern nicht geführt werde. Hinsichtlich der Werkvertragsarbeiter würden keine genauen Zahlen vorliegen. Es sei aber in 2014 im Landkreis Cloppenburg bislang nicht zu einer Zuwanderung in die Sozialsysteme gekommen.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen sprach sich dafür aus, dem Heimatverein einen Zuschuss in Höhe von 12.000 € zu bewilligen. Der Verein und die geleistete Arbeit seien bestens bekannt. Der Verein habe erheblichen Anteil daran, dass die Integration der Aussiedler im Landkreis Cloppenburg so gut gelungen sei. Es sei daher sinnvoll, diese Arbeit weiter zu unterstützen.

Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen gab weiter zu bedenken, dass sich das Klientel mit den Werkvertragsarbeitern jetzt geändert habe. Der Verein stelle sich dieser neuen Aufgabe. Des Weiteren verwies Kreistagsabgeordnete Dr. Kannen darauf, dass im Heimatverein auch viel ehrenamtliche Arbeit geleistet werde. Sie stelle daher den Antrag, dem Heimatverein einen Zuschuss über 12.000 € zu gewähren.

Kreistagsabgeordnete Stärk lobte im Name der CDU-Fraktion das große Engagement der Heimatvereines. Der Verein habe dargelegt, dass auch weiterhin Beratungsbedarf bestehe.



Sie schlug vor, dem Heimatverein in den nächsten 3 Jahren einen Zuschuss von 10.000 € zu bewilligen.

Kreistagsabgeordnete Kalvelage betonte, dass sie sich der Wertschätzung des Heimatvereines anschließe. Mit Blick auf den vom Verein vorgelegten Finanzplan für die kommenden Jahre würde auch ein Zuschuss in bisheriger Höhe ausreichen. Außerdem sehe sie noch Möglichkeiten, dass der Verein finanzielle Mittel aus anderen Projektförderungen beantragen könne. Sie stellte daher den Antrag, einen Zuschuss in Höhe von 7.500 € zu bewilligen.

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Möller, stellte die Beschlussvorschläge der Kreistagsabgeordneten Dr. Kannen, Stärk und Kalvelage zur Abstimmung.

1. Abstimmung:

Der Sozialausschuss lehnte es bei 1 Ja-Stimme und 8 Nein-Stimmen ab, dem Kreistag zu empfehlen, dem Heimatverein der Deutschen aus Russland e.V., Molbergen, für die Durchführung der Beratungsaufgaben für Aussiedler in den Jahren 2015 bis 2017 jeweils einen Zuschuss in Höhe von 12.000 € als Festbetrag zu bewilligen.

2. Abstimmung:

Der Sozialausschuss beschloss mit 8 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenhaltung, dem Kreistag zu empfehlen, dem Heimatverein der Deutschen aus Russland e.V., Molbergen, für die Durchführung der Beratungsaufgaben für Aussiedler in den Jahren 2015 bis 2017 jeweils einen Zuschuss in Höhe von 10.000 € als Festbetrag zu bewilligen.

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Möller stellte nach der 2. Abstimmung fest, dass sich damit eine Abstimmung über den Antrag der Kreistagsabgeordneten Kalvelage erübrigt habe. Dagegen wurden keine Einwände erhoben.

5. Haushalt 2015 – Bereich Soziales

Kreisoberamtsrätin Schröder erläuterte die wesentlichen Bereiche des Entwurfes des Teilhaushaltes des Sozialamtes.

Einleitend verwies sie darauf, dass der Sozialhaushalt 2014 – isoliert betrachtet - wegen der starken finanziellen Veränderungen einen Nachtrag benötigt hätte. Darauf konnte verzichtet werden, weil durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben in anderen Teilhaushalten der Kreisverwaltung der Mehrbedarf im sozialen Bereich aufgefangen wurde.

Der Vergleich von 2014 zu 2015 zeige im Ergebnishaushalt eine Schlechterstellung um rd. 6,75 Mio. Euro auf. Darin enthalten seien auch Personal- und Sachkosten, die nicht über das Sozialamt bewirtschaftet werden. Ein Vergleich der absehbaren „Ist“-Zahlen des Jahres 2014 und Planwerte für 2015 ergebe ein realistischeres Bild, mit erheblich geringeren Abweichungen.

Eingliederungshilfe: 2,22 Mio. € Schlechterstellung Ist 2014 – Plan 2015

Zu den vorgenannten Abweichungen erklärte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass die Steigerung in der Eingliederungshilfe im Wesentlichen auf Mehrausgaben durch den Anstieg der Fallzahlen, mehrere teure Einzelfälle sowie auf eine Steigerung der Ausgaben für den Be-



reich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wegen Inklusion/Integrationshilfen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben/Bildung begründet sei. Auch im Bereich der ambulanten Wohnbetreuung und der Wohnheime habe es Kostensteigerungen gegeben. Auf der Einnahmeseite werde eine Rückforderung des Landes in Höhe von rd. 900.000 € erwartet.

Asyl: 0,95 Mio. € Schlechterstellung Ist 2014 – Plan 2015

Der Asylbereich sei in 2014 geprägt von einem starken Zustrom von Asylbewerbern, so Kreisoberamtsrätin Schröder weiter. In 2014 habe sich die Anzahl der hier lebenden Asylbewerber verdoppelt. Zu den im Dezember 2014 registrierten rd. 850 Asylbewerbern würden in 2015 geschätzt über 400 Personen hinzukommen (*Anm.: Voraussichtlich über 600 lt. MI-Erlass v. 16.12.2014*).

Die vom Land ab 01.01.2015 pro Leistungsbezieher gezahlte Pauschale von 6.195 € pro Jahr werde auf der Basis der Anzahl der Asylbewerber aus dem Vorvorjahr (also für 2015 auf der Basis 2013) berechnet. Da in 2013 nur rd. 280 Leistungsbezieher verzeichnet waren, in 2015 geschätzt aber 1.200 bis 1.300 Asylbewerber tatsächlich Leistungen beziehen, müsse der Landkreis erheblich in Vorleistung gehen.

Der Bund stelle den Kommunen in 2015 für den Asylbereich 500 Mio. € zur Verfügung. Nach eigener Hochrechnung entfallen davon rd. 800.000 € auf den LK Cloppenburg. Dies wurde im Haushaltsplan 2015 bereits eingeplant.

Jobcenter: 1,42 Mio. € Schlechterstellung Ist 2014 – Plan 2015

Zum Jobcenter erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass im Herbst 2013 für das Haushaltsjahr 2014 aufgrund der guten Konjunktur erwartet worden war, dass ALG II-Bezieher vermehrt aus dem Leistungsbezug ausscheiden. Dies habe sich nicht eingestellt, vielmehr sei die Zahl unterjährig sogar angestiegen. Das Jobcenter verweise dazu darauf, dass für sein Klientel geeignete Arbeitsplätze vermehrt mit EU-Osteuropäern besetzt würden. Eine grundlegende Senkung der Anzahl der Leistungsbezieher SGB II für 2015 sei nicht zu erwarten. Hinzu kommen Mehrausgaben aufgrund der angehobenen Mietrichtwerte, sowie ein zusätzlicher Monatsabschlag für Januar 2016.

Zu den Erstattungen für die Unterkunftskosten des Jobcenters erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass der Bund zur allgemeinen finanziellen Entlastung der Kommunen in 2015 rd. 1 Mrd. € zur Verfügung stelle. Häufig solle diese Mrd. über eine Anhebung der Erstattung für die Unterkunftskosten erfolgen. Diese wurde im Haushalt 2015 mit 640.000 € Mehreinnahmen eingestellt.

Hilfe zur Pflege: 18.500 € Schlechterstellung Ist 2014 – Plan 2015

Im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege sei in 2014 eine Steigerung im normalen Umfang eingetreten. Zu beachten sei, dass der Senioren- und Pflegestützpunkt hinsichtlich der Personal- und Sachkosten hier nicht enthalten sei. Dies werde bei den Personalkosten ausgewiesen. Die Einnahme werde aber hier verbucht.

Hilfe zum Lebensunterhalt: 460.000 € Schlechterstellung Ist 2014 – Plan 2015

Die Steigerung der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt betreffe den örtlichen und überörtlichen Träger und sei auf verschiedene Faktoren wie gestiegene Regelsätze, Unterkunftskosten usw. zurückzuführen.

Sonstiges:

Ergänzend zur obigen Auflistung erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass der Bereich Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für den Kreishaushalt kostenneutral sei,



da der Bund 100 % erstatte. Etwaige Abweichungen in der Jahresrechnung lägen an den Abrechnungsmodalitäten und würden im Folgejahr ausgeglichen.

Des Weiteren erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass auch das Bildungspaket dem Grunde nach kostenneutral sei, weil die Ausgaben im Folgejahr spitz abgerechnet würden. Da die Berechnung der monatlichen Abschläge vom Land im Dez. 2013 umgestellt wurde, habe sich hier in 2014 ein Defizit von rd. 1,3 Mio. Euro ergeben. In 2015 erfolge eine Nachzahlung in dieser Höhe. Zum Bildungspaket sei festzustellen, dass die Umsetzung sehr gut laufe. Die Bewilligungszahlen hätten in 2014 leicht gesteigert werden können, so Kreisoberamtsrätin Schröder abschließend.

Auf Frage des Kreistagsabgeordneten Riesenbeck, erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass prozentuale Lohnsteigerungen nicht gesondert eingerechnet würden. Dies gelte auch hinsichtlich des Mindestlohnes ab 2015. Berücksichtigt würde die absehbare Entwicklung der Fallzahlen sowie der Pflegesätze. Erster Kreisrat Frische ergänzte, dass der Kreis bei den Pflegesätzen auch von den Entscheidungen des Landes abhängig sei.

Auf weitere Frage des Kreistagsabgeordneten Riesenbeck, erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder zum Bildungspaket, dass die überschüssigen Mittel aus den Jahren 2011/12 genutzt wurden, um die Schulsozialarbeit nach dem Auslaufen der Bundesmittel in 2013, im Jahre 2014 zu finanzieren.

6. Mitteilungen

Kreisoberamtsrätin Schröder gab einen Sachstandsbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern.

Seit Anfang 2013 sei die Zahl der Asylbewerber sprunghaft angestiegen:

- Dez. 2012: 347
- Dez. 2013: 451
- Dez. 2014: ca. 850
- Dez. 2015: 1.200 bis 1.300 (Schätzung)

Zum Jahreswechsel 2014/15 werde eine Zuweisungsquote des Landes von ca. 400 Asylbewerber erwartet (*Anm.: Voraussichtlich über 600*).

In 2014 seien Wohnungen für über 400 Personen angemietet worden. Für die bislang zugewiesenen Asylbewerber hätten damit ausreichend Wohnungen zu Verfügung gestanden. In Zusammenarbeit mit dem Caritas-Sozialwerk würden Wohnmöglichkeiten für weitere rd. 100 Asylbewerber geschaffen.

Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass Vermieter durchaus bereit seien, auch relativ günstige Mieten zu akzeptieren. Dies gelte insbesondere, wenn sich das Caritas-Sozialwerk bei größeren Objekten als Mieter sowie Betreuer der Bewohner anbiete.

Kreisoberamtsrätin Schröder bescheinigte den Städten und Gemeinden ein großes Engagement, ausreichend Wohnungen anzumieten.

Der Landkreis favorisiere – aus Kostengründen - aber auch aus sozialverträglichen Gründen, ausdrücklich die dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern.



Hierbei werde bei neuen Zuweisungen insbesondere auf eine professionelle Betreuung gesetzt. Entsprechende Verträge mit dem Caritas-Sozialwerk würden derzeit abgestimmt.

Sollte der freie Wohnungsmarkt aber keinerlei Aufnahmekapazitäten mehr hergeben, so sei über die Variante einer teilweisen Unterbringung in neu zu schaffenden Gemeinschaftsunterkünften verstärkt nachzudenken. Modellhaft könnten die Planungen in der Stadt Vechta sein. Dort würden anstelle von Containern, kostengünstigere Gebäude im Holzrahmenbau errichtet.

Kreisoberamtsrätin Schröder betonte, dass derzeit keine ausreichende Kostenerstattung von Bund und Land erfolge.

Der Zuschussbedarf bei den Asylausgaben sei von rd. 100.000 € in 2012, auf rd. 600.000 € in 2013 und ca. 1,7 Mio. € in 2014 sprunghaft angestiegen.

Wenn das Land die Kostenerstattung im Asylbereich nicht noch erheblich aufstocke, würden die ungedeckten Kosten in 2015 bei rd. 2,7 Mio. € liegen.

Um den besonderen Bedarf an Erstorientierung von Asylbewerbern Rechnung zu tragen, beabsichtige der Landkreis den Städten und Gemeinden zunächst für 2 Jahre für jeden ab 2015 zugewiesenen Asylbewerber einmalig einen Betrag von 100 € zur Verfügung zu stellen (für Basiskurse, Hinweise zur sozialen, kulturellen und strukturellen Erstorientierung, Hilfestellung durch Ehrenamtliche oder Integrationsstellen, Gruppen- Individualangebote usw.). Dieser Betrag solle nicht an die Betroffenen Asylbewerber ausgezahlt werden, sondern solle von der Kommune für den genannten Personenkreis frei bewirtschaftet werden.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck unterstützte bei der Unterbringung der Asylbewerber die grundsätzliche dezentrale Ausrichtung sowie die soziale Betreuung.

Auf Anmerkungen der Kreistagsabgeordneten Hollah und Dr. Kannen erläuterte Kreisoberamtsrätin Schröder, dass die professionelle, regelmäßige soziale Betreuung insbesondere die neu zugewiesenen Asylbewerber umfasse. Eine Einbindung der Integrationslotsen könne bei Bedarf ergänzend in Einzelfällen erfolgen oder ggfs. später, wenn eine regelmäßige Betreuung abgeschlossen sei. Angesichts des Umfangs des Zuzuges von Asylbewerbern und der sich daraus ergebenden Problemstellungen, sei aber eine professionelle sozialarbeiterische Hilfestellung durch das Caritas-Sozialwerk erforderlich.

Weitere Mitteilungen lagen nicht vor.

7. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Möller, nahm diesen TOP zum Anlass, der Gemeinde Molbergen, insbesondere Herrn Bürgermeister Möller, für die gastfreundliche Aufnahme und Nutzung des Sitzungssaales des Rathauses zu danken.



Um 17:00 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer/in